
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Technischen und Umweltausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 19. Juli 2010**, im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz, Kleiner Sitzungssaal.

Beginn: 14:15 Uhr

Ende: 15:10 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Ausbau der Kreisstraße K 6114 zwischen Eigeltingen und Raitaslach (Teilabschnitt Hirschlanden - Homberg); Auftragsvergabe	2010/108
2.	Ausbau der Kreisstraße K 6119; Fahrbahninstandsetzung zwischen Wiechs und Schloss Langenstein; Auftragsvergabe	2010/109
3.	Ausbau der Kreisstraße K 6123 zwischen Hausen und Friedingen (Reststrecke Aachbrücke - Friedingen); Auftragsvergabe	2010/110
4.	Früh- und Spätverbindungen Konstanz - Winterthur (- Zürich); Beteiligung des Landkreises für 2011	2010/103
5.	Brandschutzmaßnahmen Hohentwiel-Gewerbeschule, Robert-Gerwig-Schule und Haldenwangschule in Singen; Vergabe von Arbeiten	2010/107
6.	Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz; Umbau eines überdachten Durchgangs zu einer Druckerei mit Unterrichtsraum/Kostenabweichung	2010/116
7.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
7.1	Bau eines Radweges zwischen Wahlwies und Orsingen; Sachstand	
7.2	Bau einer Querungshilfe in Aach	

Anwesend:

Landrat **Hämmerle**, Frank, als Vorsitzender

Stimmberechtigte Mitglieder

Baumert, Ralf

Bodman, Johannes Freiherr von

Bodman, Konrad Freiherr von, Dr.

Both, Hubertus, Dr.

Brachat-Winder, Birgit

Demmler, Kurt

Engelmann, Klaus

Geiger, Georg, Dr.

Hahn, Max, Dr. (als Vertreter für den entschuldigten **Ruf**, Georg)

Herberger, Veronika (als Vertreterin für den entschuldigten **Klinger**, Michael, Dr.)

Kennerknecht, Helmut

Kreitmeier, Christiane, Dr.

Kuppel, Oliver

Leipold, Brigitte

Maier, Bernhard

Schmid, Andreas

Volk, Bernhard

Entschuldigt:

Klinger, Michael, Dr.

Ruf, Georg

Als Gäste nehmen teil (anschließende Sitzung der Strukturkommission ÖPNV und TUA/nö, Mitglieder der Strukturkommission ÖPNV):

Eisch, Uwe (14:40 – 15:10 Uhr)

Jüppner, Manfred (14:40 – 15:10 Uhr)

Moser, Johannes (14:40 – 15:10 Uhr)

Auf besondere Einladung nehmen teil:

Bumiller, Gerhard, Schulleiter, TOP 6

Dury, Helmut, Architekt, TOP 6

Von der Verwaltung nehmen teil:

Gärtner, Philipp

Bendl, Ralf

Dombrowski, Frank

Nops, Harald

Schrodin, Lothar

Seidl, Karin

Roth, Manfred (Protokoll)

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Ausbau der Kreisstraße K 6114 zwischen Eigeltingen und Raithaslach (Teilabschnitt Hirschlanden - Homberg);

Auftragsvergabe

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Kreisrat **Dr. Geiger** stellt fest, dass man recht viele Angebote erhalten habe - offensichtlich hätten die Firmen derzeit nicht viele Aufträge.

Ein Vergleich zwischen den Kosten und dem Haushaltsansatz sei nicht möglich, weil der Ansatz nicht genannt sei. So seien evtl. Mehrausgaben nicht ersichtlich.

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass man dies bei künftigen Maßnahmen berücksichtigen werde. Außerdem werde man eine evtl. erforderliche Gegenfinanzierung darstellen und wie dies konkret erfolgen solle.

Herr **Bendl** antwortet, dass man von Gesamtkosten von ca. 800.000 € ausgegangen sei; damit liege man ca. 130.000 € unter dem Ansatz. Nicht enthalten seien jedoch die Kosten für den Grunderwerb, dieser müsse dazu addiert werden.

Bei den Kosten für die K 6119 (TOP 2) entspreche das Ergebnis der Ausschreibung ziemlich genau dem Haushaltsansatz. Bei der K 6123 (TOP 3) gebe es Mehrkosten, weil man sich aufgrund des schlechten Untergrunds für einen Vollausbau entschieden habe und das sei teurer als veranschlagt.

Kreisrat **Kennerknecht** moniert fehlende Angaben über die Verkehrsbelastungen. Bei der Vergabe für die K 6114 liege man bei ca. 500 €/m, bei TOP 3 bei ca. 350 €/m – und dies bei gleichem Ausbaustandard. Woher komme diese große Differenz?

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass man die Zahlen künftig vorlegen werde, sofern es diese geben sollte. Außerdem werde man die Gesamtkosten (inkl. Grunderwerb) nennen.

Herr **Schrodin** antwortet, dass man die beiden Maßnahmen nicht vergleichen könne. Bei der K 6114 sei die Entwässerung wesentlich komplizierter als bei der K 6123 und außerdem habe man einen verdohnten Bach freilegen müssen. Bei der K 6123 habe man zwar auch höhere Aufwendungen als geplant durch eine geänderte Ausbauvariante, dafür seien die dortigen Rahmenbedingungen jedoch wesentlich einfacher.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht; der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Auftrag für den Ausbau der K 6114, Teilabschnitt Hirschlanden – Homberg, wird zum Angebotspreis von 633.234,55 € (brutto) an die Firma Schleith GmbH, Rheinfeldern, vergeben.

2. **Ausbau der Kreisstraße K 6119; Fahrbahninstandsetzung zwischen Wiechs und Schloss Langenstein;**

Auftragsvergabe

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage; Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Auftrag zur Fahrbahninstandsetzung der K 6119 zwischen Wiechs und Schloss Langenstein wird zum Angebotspreis von 260.622,98 € (brutto) an die Firma SKS Bau GmbH & Co. KG; Eigeltingen, vergeben.

3. **Ausbau der Kreisstraße K 6123 zwischen Hausen und Friedingen (Reststrecke Achbrücke - Friedingen);**

Auftragsvergabe

Kreisrat **Volk** stellt fest, dass bei den finanziellen Auswirkungen lediglich die Rede davon sei, dass man die Mehrkosten durch Einsparungen im entsprechenden Budget auffangen könne. Dies sei – wie bereits bei TOP 1 erwähnt – unbefriedigend, denn so sehe man nicht, wo genau an anderer Stelle eingespart werden solle und ob und ggf. welche Auswirkungen dies habe. Außerdem bestehe die Gefahr, dass im Laufe eines Jahres bei einer Maßnahme versehentlich doppelte Gegenfinanzierungen erfolgen.

Der **Vorsitzende** sagt nochmals zu, dass man dies künftig darstellen werde. Klar sei, dass man Einsparungen nicht doppelt ansetzen dürfe.

Kreisrat **Kennerknecht** will wissen, ob das Verkehrsaufkommen eine Straßenbreite von 6 m erfordere.

Herr **Schrodin** antwortet, dass die Straßenbreite von 6 m Fördervoraussetzung sei. Wenn man dies nicht einhalte, gebe es keinen Zuschuss nach dem GVFG.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Auftrag für den Ausbau der K 6123, Reststrecke Achbrücke – Friedingen, wird zum Angebotspreis von 482.989,13 € (brutto) an die Firma Schleith GmbH, Rheinfeldern, vergeben.

4. **Früh- und Spätverbindungen Konstanz - Winterthur (- Zürich);**

Beteiligung des Landkreises für 2011

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Stadt Konstanz das Angebot wie bisher mit 50 % fördere. Damit lägen die Voraussetzungen für die Förderung durch den Landkreis vor.

Kreisrätin **Brigitte Leipold** bestätigt dies; der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Konstanz habe dies am 08.07.2010 beschlossen.

Kreisrat **Volk** stellt die „Zuschussautomatik“ in Frage. Man habe zwar einmal beschlossen, den Zuschuss zu leisten, wenn auch die Stadt Konstanz mitmache. Aber jetzt verbessere man das Angebot um weitere Kurse und deshalb wolle die Fraktion der FWV

zuvor wissen, wie die bereits bisher geförderten Kurse besetzt seien.

Es gehe um einen Vorgriff auf den Haushalt 2011 und dieser sei noch völlig offen – zuvor tage am 21.09.2010 noch die Haushaltsstrukturkommission, denn es sei absehbar, dass das Jahr 2011 außerordentlich schwierig werde. Daher könne man im Vorfeld nicht einfach weitere freiwillige Leistungen bewilligen. Er plädiere dafür, der Bezuschussung grundsätzlich zuzustimmen, dies aber vorbehaltlich der Bewilligung der Mittel im Haushalt 2011.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass der Haushalt 2011 schwierig werde, das gelte auch für 2012. Die Verwaltung erarbeite derzeit intern Einsparvorschläge, die man dann am 21.09.2010 der Haushaltsstrukturkommission vorlegen werde. Im Übrigen könnte er die Zustimmung auch selber geben, daher habe man eine Mitteilungsvorlage erstellt. Er wolle allerdings einem Votum des Ausschusses nicht vorgreifen.

Kreisrätin **Brigitte Leipold** teilt mit, dass die Stadt Konstanz sich mit 50 % beteilige. Das Angebot sei für die gesamte Region von Bedeutung, das dürfe man nicht vergessen. Man dürfe daher nicht nur die Stadt Konstanz sehen, sondern müsse dies unter der Anbindung der Region an den Flughafen in Zürich sehen.

Kreisrat **Kennerknecht** stellt fest, dass es sich zwar um keinen großen Betrag handle; allerdings könnte man bis Sept./Oktober 2011 die Fahrgastzahlen vorlegen, sodass man für die Entscheidung über die Bezuschussung in 2012 dann eine verlässliche Basis habe.

Der **Vorsitzende** stimmt dem zu.

Kreisrat **Volk** will wissen, wie dringend eine Zustimmung sei; da die Haushaltsstrukturkommission bereits im September tage, könnte man dies ggf. dort mit einbringen.

Herr **Dombrowski** antwortet, dass die Trassenanmeldung jetzt erfolgen müsse. Daher könne man nicht länger warten.

Kreisrat **Dr. Geiger** hält das Angebot für wichtig. Mit der Bezuschussung sende man auch ein positives Signal an die SBB im Zusammenhang mit den Planungen eines neuen Fahrplanangebots von St. Gallen nach Konstanz bzw. an die Gäubahn.

Kreisrat **Dr. Hahn** will wissen, ob es sich um eine degressive Zuschussbewilligung handle. Beim CityVogel habe sich der Zuschuss in jedem Jahr verringert und heute trage sich das Angebot selbst.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass er die Bezuschussung als Anschubfinanzierung ansehe. Im Übrigen stimme er dem Vorschlag von Kreisrat **Kennerknecht** zu, die Entscheidung für 2012 auf Basis der Besetzungszahlen für 2011 zu treffen.

Außerdem gebe es noch eine Korrektur: Der Zuschussanteil des Landkreises Konstanz für das Fahrplanjahr 2010/11 erhöhe sich aufgrund einer Nachverhandlung mit den SBB/dem Kanton Thurgau nicht – wie im Vorbericht dargestellt – um ca. 10.550 CHF, sondern lediglich um 5.275 CHF. Dieser Betrag liege in seiner Zuständigkeit.

Kreisrat **Volk** stimmt dem namens der Fraktion der FWV zu. Für ihn sei das eine Frage der zeitlichen Abfolge und mit dem Vorschlag könne man leben.

Kreisrätin **Brigitte Leipold** teilt mit, dass in den Abendkursen auch im „seehas“ und im „seehäsele“ weniger Fahrgäste mitfahren. Insofern könne sie die Diskussion angesichts der geringen Beträge nicht nachvollziehen.

Nachdem der **Vorsitzende** seinen Vorschlag wiederholt hat, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Die Verwaltung wird damit beauftragt, rechtzeitig vor der Bestellung der Leistungen für das Fahrplanjahr 2011/12 ff. (ab Dez. 2011) Zählergebnisse/Besetzungszahlen der bezuschussten Kurse vorzulegen.
2. Auf Basis der auf diese Weise nachgewiesenen Akzeptanz der geförderten Kurse wird über die weitere Bezuschussung für das Fahrplanjahr 2011/12 entschieden.

5. **Brandschutzmaßnahmen Hohentwiel-Gewerbeschule, Robert-Gerwig-Schule und Haldenwangschule in Singen;**

Vergabe von Arbeiten

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage und die verteilte Tischvorlage.

Kreisrat **Kennerknecht** stellt fest, dass man die Schulen schon vor vielen Jahren gebaut habe. Was habe sich nun geändert, dass man „nachrüsten“ müsse und was habe eine Außenwand mit dem Brandschutz zu tun? Handle es sich dabei auch um eine energetische Maßnahme?

Frau **Seidl** antwortet, dass eine energetische Komponente enthalten sei.

Kreisrat **Kennerknecht** stellt fest, dass es sich dabei aber nur um einen sehr geringen Anteil handeln könne (ca. 4 – 5 m²).

Der **Vorsitzende** antwortet, dass es sich dabei wohl um die Ausgangstüren für die beiden außen angebrachten Fluchttreppen handle.

Kreisrat **Kennerknecht** will wissen, warum man die Fassade nicht gleich mit einbeziehe und auch diese energetisch saniere.

Frau **Seidl** antwortet, dass dies in den Maßnahmen des Konjunkturpakets II (KP II) enthalten sei. Die Mauern seien dick genug, aber die Fenster müssten saniert werden und dies umfasse die genehmigte Maßnahme nach dem KP II.

Kreisrat **Kennerknecht** hält eine Sanierung der Fassade für wichtiger als den Austausch der Fenster.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass man dies prüfen werde. Sofern erforderlich, werde man etwas tun.

Kreisrat **Baumert** will wissen, ob die Schulen an eine Brandmelde-Anlage angeschlossen seien.

Frau **Seidl** antwortet, dass dies wohl der Fall sei; Herr **Bumiller** bestätigt dies für seine Schule.

Frau **Seidl** ergänzt, dass sich beim Brandschutz in den letzten Jahren viel getan habe, die Anforderungen seien deutlich gestiegen. Es gebe eine regelmäßige Brandverhütungsschau, der Personenschutz habe absoluten Vorrang. Daher müsse man z. B. auch die Fluchtwege an der Robert-Gerwig-Schule ertüchtigen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Aufträge für die ausgeschriebenen Arbeiten (Brandschutzmaßnahmen an der Hohentwiel-Gewerbeschule Singen, der Robert-Gerwig-Schule Singen und der Haldenwangschule Singen) werden an den jeweils wirtschaftlichsten Bieter wie

folgt vergeben:

- a) **Gewerk Innen- und Brandschutztüren:**
Fa. M & S, Bisingen, zum Angebotspreis von 191.168,05 € brutto;
- b) **Gewerk Trockenbauarbeiten:**
Fa. Feko, Allensbach, zum Angebotspreis von 129.728,68 € brutto;
- c) **Gewerk Rohbauarbeiten:**
Fa. Lohnerbau, Engen, zum Angebotspreis von 77.282,77 € brutto;
- d) **Gewerk Stahlbauarbeiten:**
Fa. Nägele, Steißlingen, zum Angebotspreis von 80.748,64 € brutto.

6. Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz:

Umbau eines überdachten Durchgangs zu einer Druckerei mit Unterrichtsraum/Kostenabweichung

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar; zu Detailfragen werde ggf. Herr **Dury** Stellung nehmen.

Herr **Nops** ergänzt, dass es sich eher um einen verwaltungstechnischen als um einen planungstechnischen Fehler handle. Man habe den Ausschuss bereits am 22.02.2010 unterrichten wollen, aber diese Sitzung sei abgesagt worden. Am 19.04.2010 habe man das dann nachgeholt und er hoffe, dass mit der noch detaillierteren Darstellung des Sachverhalts in der Sitzungsvorlage die noch offenen Fragen geklärt seien.

Die (korrigierte) Kostenberechnung von 499.400 € habe auf Annahmen beruht, die sich später als nicht zutreffend herausgestellt hätten. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Kostenberechnung hätten keinerlei Bestandspläne vorgelegen, daher habe man zeitnah einen Statiker hinzugezogen. Dieser habe dann empfohlen, die gesamte Bodenplatte zu verstärken und auf dieser Basis habe man dann ausgeschrieben. Trotz den Mehrkosten stelle die Umsetzung der Maßnahme eine gute Lösung dar. Einziges Manko: Der Ausschuss sei zu spät informiert worden.

Kreisrat **Dr. Geiger** stellt fest, dass man in der letzten Sitzung seinen Unmut geäußert habe. Am 28.04.2009 habe die Verwaltung den Bauantrag eingereicht, am 29.05.2009 die Maschine europaweit ausgeschrieben. Damit sei schon damals bekannt gewesen, welche Ausmaße und welches Gewicht die Maschine haben werde. Die Probebohrung sei jedoch erst am 18.06.2009 durchgeführt worden und das sei eindeutig ein Planungsfehler, der vermeidbar gewesen wäre. Der Fehler liege daher nicht bei der Verwaltung, sondern beim Planer.

Auch die Erstellung eines Raumbuchs sei erst danach erfolgt. Normal sei, dass man dies vorher mache, das hätte der Architekt wissen müssen. Damit sei bereits im Vorfeld ein weiterer planerischer Fehler begangen worden.

Herr **Nops** antwortet, dass man die neue Maschine dringend benötigt habe. Es habe sich aber gezeigt, dass man nicht nur eine, sondern drei Maschinen beschaffen musste. Das habe man aber im Vorfeld nicht gewusst, das habe erst das Ergebnis der Ausschreibung gezeigt.

Kreisrat **Dr. Geiger** hält dies nicht für schlüssig.

Kreisrätin **Brigitte Leipold** ist der Auffassung, dass man vorher schauen müsse, ob man einen offenen Durchgang brauche oder nicht. Da sei einiges schief gelaufen, aber letztlich komme man um eine nachträgliche Genehmigung nicht herum. Sie hoffe allerdings, dass alle etwas daraus gelernt hätten.

Kreisrat **Dr. Konrad Freiherr von Bodman** will wissen, ob sich durch die höheren Kosten auch das Architektenhonorar erhöht hätte.

Kreisrat **Volk** will ergänzend dazu wissen, ob der Haushaltsansatz für 2010 von 431.000 € ausreiche oder ob Mehr- oder Wenigerkosten entstünden.

Herr **Nops** antwortet, dass sich die Mehrkosten nicht – wie ursprünglich erwartet – auf 90.000 € belaufen, sondern lediglich auf 72.000 €.

Kreisrat **Kennerknecht** stimmt Kreisrätin **Brigitte Leipold** zu. Eine bessere Planung im Vorfeld wäre möglich gewesen und dies sei Aufgabe des Architekten. Er rege daher an, dass die Verwaltung mit Herrn **Dury** darüber verhandeln solle, dass sich das Honorar an den ursprünglichen Kosten orientiere und nicht an den höheren Endkosten. Er hoffe, dass Herr **Dury** der Verwaltung in diesem Punkt entgegenkomme, weil dieser seiner Sorgfaltspflicht nicht im erforderlichen Umfang nachgekommen sei.

Herr **Dury** antwortet, dass die Schule den Standort vorgegeben habe, zuvor habe es eine andere Planung gegeben. Er habe erst später eine Skizze von einem Lehrer erhalten, wo die Maschine stehen solle. Außerdem habe sich dann auch herausgestellt, dass es sich nicht nur um eine, sondern um mehrere Maschinen handle und dass dafür nicht nur ein Raum, sondern zwei Räume benötigt werden. Daraufhin habe er einen Statiker befragt, ob die Bodenplatte der geänderten Planung gerecht werde – und dieser habe dann empfohlen, dass man besser keine punktuelle Verstärkung der Bodenplatte vornehmen solle, sondern die gesamte Bodenplatte erneuere. Im Übrigen liege man beim Preis pro m³ umbauten Raum bzw. beim Baupreis je m² im Vergleich zu anderen recht gut.

Herr **Bumiller** weist den Vorwurf, dass die Schule schuld gewesen sei, zurück. Die Erstellung der Planung sei nicht Sache der Schule. Man habe eine neue Maschine benötigt und die jetzige Lösung sei die beste für alle Beteiligten. Im Übrigen seien nicht die Pläne falsch gewesen, sondern der Untergrund habe sich als schlechter herausgestellt als erwartet. Dies sei ebenso wenig erkennbar gewesen wie die erforderliche Erneuerung der Anschlüsse der Fernwärmeleitungen. Er erinnere auch daran, dass die Baumaßnahmen nach dem KP II bezuschusst worden seien und dies habe sich positiv ausgewirkt.

Kreisrat **Engelmann** bestätigt, dass man für die Mehrkosten insgesamt eine gute Lösung erhalten habe.

Der **Vorsitzende** wiederholt den Vorschlag von Kreisrat **Kennerknecht**. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Die zusätzlichen Baukosten in Höhe von 72.000 € werden genehmigt.
2. Unabhängig davon wird die Verwaltung damit beauftragt, mit dem Architekten darüber zu verhandeln, dass die Erhöhung der Baukosten bei der Bemessung des Honorars keine Berücksichtigung findet.

7. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

7.1 Bau eines Radweges zwischen Wahlwies und Orsingen:

Sachstand

Kreisrat **Kuppel** teilt mit, dass für den Bau eines Radweges zwischen Wahlwies und Orsingen Mittel in den Haushalt eingestellt worden seien. Habe man die Maßnahme zwischenzeitlich ausgeschrieben?

Herr **Bendl** antwortet, dass die Förderzusage nach dem GVFG noch nicht vorliege. Man stehe „Gewehr bei Fuß“, müsse den Bescheid jedoch noch abwarten. Er gehe davon aus, dass der Förderbescheid noch in diesem Jahr eingehe.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass man eine Ausschreibung nach dem Vorliegen des Bescheides vornehmen werde.

7.2 Bau einer Querungshilfe in Aach

Kreisrat **Dr. Geiger** teilt mit, dass man in Aach Verkehrszählungen durchgeführt habe. Seines Wissens sollte eine Querungshilfe gebaut werden, aber bis heute sei noch nichts geschehen.

Herr **Bendl** antwortet, dass ihm davon nichts bekannt sei. Er werde sich jedoch erkundigen und Kreisrat **Dr. Geiger** über den Sachstand unterrichten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 15:10 Uhr.

Der Vorsitzende:

Für den Ausschuss:

Frank Hämmerle

Helmut Kennerknecht

Dr. Max Hahn

Für das Protokoll:

Manfred Roth